



TTIP: Lokalausgleich in Washington

Die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP gehen zwischen der EU-Kommission und der US-Regierung weiter. Im Gespräch vor Ort in Washington von 13-15. Oktober habe ich mit KollegInnen aus der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament die Bedenken der europäischen Bürgerinnen und Bürger der amerikanischen Seite nähergebracht. Leider hat das die liberal-konservative EU-Kommission unter Handelskommissar De Gucht bisher in viel zu geringem bis gar keinem Ausmaß gemacht. Während den Diskussionen mit Botschaftern, Gewerkschaftern und NGOs habe ich klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir keinem Text zustimmen werden, der dafür verantwortlich sein wird, dass hohe europäische Lebensmittel-, Gesundheits- oder Datenschutz-Standards herabgesetzt werden.

ISDS: Wir fordern gleiches Recht für alle!

Besonders kritisch beurteile ich das nach wie vor geplante Schiedsgericht namens ISDS. Unser sozialdemokratischer Standpunkt ist auch hier klar: Wir wollen gleiches Recht für alle! Die ordentlichen Gerichte in den USA und Europa sollen darüber entscheiden, ob Gesetze verletzt wurden, wenn es eine Klage gibt. Ich bin entschieden dagegen, für Konzerne eine Sondergerichtsbarkeit zu schaffen, wo etwa in London oder New York Anwälte hinter verschlossenen Türen Entscheidungen treffen, die sogar gegen Staaten und von Parlamenten beschlossene Gesetze gehen können. Wir werden vor allem auch beim Handelsabkommen mit Kanada, dem sogenannten CETA-Abkommen, darauf achten, hier keine privaten Schiedsgerichte zuzulassen, weil sonst US-amerikanische Unternehmen mit Tochterfirmen in Kanada "in den Genuss" dieser Zwei-Klassen-Gerichtsbarkeit bekämen.